

RICHTLINIE ZU VERBOTENEN GESCHÄFTSPRAKTIKEN

Es ist der Grundsatz der Lubrizol Corporation („Lubrizol“) und ihrer Tochtergesellschaften und mehrheitlich im Besitz befindlichen Joint Ventures (zusammen die „Lubrizol-Unternehmen“), alle Gesetze und Vorschriften strikt einzuhalten, die für ihre Aktivitäten und Betriebsvorgänge gelten, oder aus denen ein Haftungsrisiko für die Lubrizol-Unternehmen, für Berkshire Hathaway Inc. („Berkshire“) oder für die bei ihnen beschäftigten Personen entstehen kann.

Diese Richtlinie zu verbotenen Geschäftspraktiken („Richtlinie“) gilt für alle leitenden Angestellten, Direktoren und Mitarbeiter der Lubrizol-Unternehmen (jeweils eine „Lubrizol-Person“ und zusammen „Lubrizol-Personal“), unabhängig von ihrem Standort. Die in dieser Richtlinie dargelegten Anforderungen gelten auch für einen Beauftragten, Berater, Sachbearbeiter, Lobbyisten, Vertreter, Wiederverkäufer, Händler, Zoll- oder Importmakler, Spediteur, Auftragnehmer oder eine andere juristische Person, wenn diese Geschäfte im Namen oder zugunsten eines jeglichen Lubrizol-Unternehmen tätig (ein „Intermediär“), und für die Zwecke der Abschnitte I–IV der Richtlinie sind Intermediäre verpflichtet, sich genauso wie das Lubrizol-Personal zu verhalten. Jede Lubrizol-Person muss diese Richtlinie einhalten, sich strikt an alle geltenden Gesetze und Vorschriften halten und große Sorgfalt walten lassen, um keine Maßnahmen zu ergreifen oder zu genehmigen, die auch nur den Anschein illegalen Verhaltens oder anderer Unangemessenheit erwecken könnten. Lubrizol-Personal, das gegen diese Richtlinie verstößt, muss mit entsprechenden Disziplinarmaßnahmen bis hin zur Kündigung rechnen. **Die Lubrizol-Unternehmen werden keine Geschäftspraktiken, die nicht dieser Richtlinie entsprechen, durchführen, genehmigen oder dulden.**

I. UMSETZUNG UND SCHULUNG

Kommunikation/Verteilung. Jeder leitende Manager eines Lubrizol-Unternehmens ist für die Kommunikation und Verteilung dieser Richtlinie an die ihm unterstellten Lubrizol-Personen und anderes Lubrizol-Personal verantwortlich, welches die in diesem Dokument besprochenen Risikobereiche verwaltet, einschließlich aller Lubrizol-Personen, die voraussichtlich mit Regierungsbeamten kommunizieren und interagieren oder mit diesen geschäftlich zu tun haben, oder die Personen vorstehen, die voraussichtlich mit Regierungsbeamten kommunizieren, interagieren oder Geschäftsbeziehungen mit ihnen haben. Diese Richtlinie wird in mehreren Sprachen und in einem durchsuchbaren Format auf der Intranetseite von Lubrizol, The Channel und auf www.lubrizol.com veröffentlicht und steht dem gesamten Lubrizol-Personal und den Intermediären von Lubrizol zur Verfügung.

Schulung. Die Überprüfung und Erläuterung dieser Richtlinie muss Teil der obligatorischen Compliance-Schulung sein. Das folgende Lubrizol-Personal muss die Compliance-Schulung absolvieren: (i) alle Mitglieder des Lubrizol-Führungsteams und ihre direkten Untergebenen, (ii) alle kaufmännischen Mitarbeiter (einschließlich Vertrieb, Produktmanagement und Kundendienst), (iii) alle Stammdaten- und Lieferkettenmitarbeiter und (iv) alle anderen leitenden und professionellen Mitarbeiter, deren Aktivitäten Auswirkungen auf die Einhaltung dieser Richtlinie haben. **Die Compliance-Schulung muss jedes Jahr absolviert werden; Wenn ein Lubrizol-Mitarbeiter die erforderliche Schulung auf Anweisung nicht abschließt, kann dies zu Disziplinarmaßnahmen führen.** Darüber hinaus erhalten alle Intermediäre vor ihrer Beauftragung und danach in regelmäßigen Abständen Schulungen zu Antikorruptionsgesetzen und anderen wichtigen Themen in einer vom Vizepräsidenten für Ethik

und Compliance von Lubrizol genehmigten Form. Für Intermediäre, die im Namen eines Lubrizol-Unternehmens direkte oder indirekte Geschäfte mit Regierungsbeamten tätigen, muss jedes Lubrizol-Unternehmen durch Due-Diligence-Prüfung bestätigen, dass dieser Intermediär über ein angemessenes Schulungsprogramm verfügt, oder es muss ein Verfahren einführen, um dem Intermediär Compliance-Schulungen anzubieten (unter Verwendung eines risikobasierten Ansatzes). Gegebenenfalls wird die Schulung für Lubrizol-Personal und -Intermediäre in der Muttersprache des Publikums durchgeführt; andernfalls erfolgt die Schulung auf Englisch, bei Bedarf mit Übersetzung. Die Schulung muss sich auf diese Richtlinie sowie alle früheren Compliance-Vorfälle und Lehren aus den öffentlich bekannten Erfolgen und Misserfolgen von Lubrizols Kollegen in der Branche oder geografischen Region im Zusammenhang mit Compliance-Praktiken und -Richtlinien zur Korruptionsbekämpfung beziehen. Ebenso sollte sie Szenarien aus der Realität im Kontext der Risikobewertung der Tochtergesellschaft umfassen.

Regelmäßige Risikobewertungen. Lubrizol muss seine Betriebs- und Compliance-Risiken regelmäßig bewerten und überprüfen und eine jährliche Risikobewertung dokumentieren, die die in dieser Richtlinie besprochenen Compliance-Risikobereiche erfasst. Lubrizol aktualisiert die Risikobewertung, wenn sich das Risikoprofil von Lubrizol ändert, und übernimmt zusätzliche Richtlinien und Verfahren, um eine wirksame Compliance-Richtlinie aufrechtzuerhalten, die auf die einzigartigen Compliance-Risiken von Lubrizol zugeschnitten ist. Lubrizol wird außerdem regelmäßig die Wirksamkeit seines Compliance-Programms bewerten und überwachen, einschließlich der Untersuchung von Fällen, in denen Verstöße gegen Compliance-Richtlinien festgestellt wurden, und der Umsetzung von Verbesserungen, um solche Verstöße in Zukunft zu verhindern. Diese regelmäßige Bewertung muss auch Erkenntnisse aus öffentlich bekannten Fällen in der Branche oder Region umfassen.

Disziplinarmaßnahmen/Durchsetzung. Jeder leitende Manager eines Lubrizol-Unternehmens ist für die Durchsetzung und Einhaltung dieser Richtlinie in seinem Verantwortungsbereich verantwortlich. Da sich Lubrizol zur Einhaltung der Gesetze und dieser Richtlinie verpflichtet, **führt die Nichteinhaltung dieser Richtlinie durch eine Lubrizol-Person zu Disziplinarmaßnahmen bis hin zur Kündigung.**

Disziplinarmaßnahmen können auch gegen den Vorgesetzten einer Lubrizol-Person ergriffen werden, die gegen diese Richtlinie verstößt, wenn der Vorgesetzte die Lubrizol-Person nicht ordnungsgemäß beaufsichtigt hat oder gewusst hat, dass die Lubrizol-Person ein Verhalten gezeigt hat, das gegen die Richtlinie verstößt, und dies nicht unterbunden oder verhindert hat.

II. BERICHTERSTATTUNG UND UNTERSUCHUNGEN

Ressourcen bei Fragen und Bedenken. Bei Fragen zu dieser Richtlinie wenden Sie sich bitte an Lubrizols Vizepräsident für Ethik und Compliance oder an den Finanzvorstand von Berkshire, den Direktor für Interne Revision oder den Senior Manager für Ethik und Compliance. Jede Lubrizol-Person, die Bedenken hat, ob ein bestimmtes Verhalten rechtswidrig sein könnte oder eine unethische oder unangemessene Handlung beinhaltet oder gegen diese Richtlinie verstößt, muss die Bedenken unverzüglich melden. Lubrizol hat seinen Vizepräsidenten für Ethik und Compliance damit beauftragt, solche Berichte entgegenzunehmen und zu untersuchen und diese Richtlinie umzusetzen. Lubrizol-Personal kann seine Bedenken auch den jeweiligen Vorgesetzten oder Managern melden. Sofern es das örtliche Recht zulässt, können anonyme

Meldungen über die Ethik- und Compliance-Hotline von Berkshire (1-800-261-8651 in den USA und Kanada oder unter Verwendung der auf den jährlichen Hotline-Materialien aufgedruckten lokalen Telefonnummern) oder über die Web-Meldeseite von Berkshire erfolgen, die unter www.brk-hotline.com zu finden ist.

Lubrizol verbietet Vergeltungsmaßnahmen jeglicher Art für die Meldung in gutem Glauben, selbst wenn sich herausstellt, dass das gemeldete Verhalten nicht rechtswidrig oder unangemessen ist.

Zusammenarbeit ist erforderlich. Jede Anfrage von internen oder unabhängigen Prüfern von Berkshire oder einem Lubrizol-Unternehmen muss vollständig, genau und zeitnah beantwortet werden. Auf Anfrage ist jeder Mitarbeiter verpflichtet, bei allen Bemühungen von Berkshire oder einem Lubrizol-Unternehmen oder von externen Rechtsberatern oder forensischen Buchhaltern, die von Berkshire oder einem Lubrizol-Unternehmen beauftragt wurden, zu kooperieren, um zu untersuchen, ob ein Verstoß gegen diese Richtlinie oder damit verbundene Richtlinien oder Gesetze vorliegt oder ob das Compliance-Programm von Lubrizol effektiv funktioniert. Eine solche Zusammenarbeit umfasst die zeitnahe Bereitstellung angeforderter Informationen sowie die Teilnahme an Befragungen, Untersuchungen und Audit-Prüfungen auf Anfrage. Dazu gehört auch die Einhaltung der Verpflichtungen gemäß den geltenden Richtlinien für Mobilgeräte in Bezug auf die Erfassung und Überprüfung von E-Mails, Textnachrichten, Online-Kommunikationsanwendungen (einschließlich WhatsApp-Nachrichten), Instant-Message-Kommunikation und elektronisch gespeicherten Dokumenten, soweit dies nach geltendem Recht zulässig ist. Von jeder Lubrizol-Person, die gebeten wird, an einer ethischen oder rechtlichen Untersuchung teilzunehmen, wird erwartet, dass sie uneingeschränkt kooperiert und alle Fragen wahrheitsgemäß und nach besten Kräften beantwortet. Jede Nichteinhaltung der in dieser Bestimmung geforderten Zusammenarbeit kann zu Disziplinarmaßnahmen bis hin zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses führen.

III. DIE EINHALTUNG DER GELTENDEN ANTIKORRUPTIONS-GESETZE IST ERFORDERLICH

Diese Richtlinie (1) identifiziert bestimmte spezifische Gesetze und Vorschriften, die für den Betrieb eines Lubrizol-Unternehmens gelten können, und (2) legt die Mindeststandards fest, die befolgt werden müssen, um die Einhaltung dieser Gesetze und Vorschriften sicherzustellen. Zu den geltenden Gesetzen und Vorschriften gehören nicht nur Bundes-, Landes- und lokale Gesetze und Vorschriften der Vereinigten Staaten, wie beispielsweise der US Foreign Corrupt Practices Act von 1977 in der jeweils gültigen Fassung („FCPA“), sondern auch Gesetze und Vorschriften jedes anderen Landes, in dem ein Lubrizol-Unternehmen Geschäfte tätigt, wie etwa der Bribery Act des Vereinigten Königreichs von 2010 und der Brazil Clean Company Act von 2014. Da es sich beim FCPA um das Antikorruptionsgesetz handelt, das die Lubrizol-Unternehmen am umfassendsten betrifft, nutzt die Richtlinie dieses Gesetz als Rahmen. In der Richtlinie wird jedoch an den meisten Stellen, an denen der FCPA den Begriff „ausländischer Beamter“ verwendet, der Begriff „Regierungsbeamter“ verwendet, um deutlich zu machen, dass die Richtlinie für die Interaktion mit allen Regierungsbeamten weltweit gilt und dass die in dieser Richtlinie dargelegten Grundsätze und Verfahren die Einhaltung der Antibestechungs- und Antikorruptionsgesetze aller Länder sicherstellen sollen.

IV. VERBOTENE ANGEBOTE ODER ZAHLUNGEN

Der Zweck dieses Abschnitts der Richtlinie besteht darin, die Position von Lubrizol zu Bestechung und Korruption darzulegen und die Mindestverfahren zu beschreiben, die befolgt werden müssen, um die Einhaltung der Richtlinie sowie der Gesetze zur Bekämpfung von Bestechung und Korruption sicherzustellen.

Jedes Lubrizol-Unternehmen muss den FCPA und alle anderen geltenden Gesetze zur Bekämpfung von Bestechung und Korruption strikt einhalten. Der FCPA verbietet die Gewährung von Bestechungsgeldern, Schmiergeldern und Gefälligkeiten an Regierungsbeamte, um einen unzulässigen geschäftlichen Vorteil oder Nutzen zu erlangen, wie z. B. die Vergabe oder Aufrechterhaltung eines Geschäfts- oder eines Regierungsvertrags, die Erlangung eines Steuervorteils oder eine Reduzierung der Mehrwertsteuer (MwSt.) oder Körperschaftssteuer oder die Einholung einer Genehmigung oder Lizenz.

Alle unrechtmäßigen Zahlungen sind verboten. Diese Richtlinie verbietet ausdrücklich das Versprechen, die Genehmigung, das Anbieten oder die Zahlung von Bestechungs- oder Schmiergeldern an *Personen überall auf der Welt und* unter allen Umständen mit dem Ziel, deren Handlungen unzulässig zu beeinflussen oder sich einen unzulässigen Geschäftsvorteil zu verschaffen. Beispielsweise ist es dem Personal und den Intermediären von Lubrizol nicht gestattet, Managern, Mitarbeitern oder Vertretern von Kunden oder potenziellen Kunden etwas von Wert anzubieten oder zu bezahlen, um sie dazu zu bewegen, Aufträge an Lubrizol zu vergeben, ihre Handlungen unzulässig zu beeinflussen oder sich einen anderen unzulässigen Vorteil zu verschaffen. Das Personal und die Intermediäre von Lubrizol müssen bei der Bereitstellung von Mahlzeiten, Geschenken oder anderen geschäftlichen Aufmerksamkeiten Sorgfalt walten lassen. Die Bereitstellung bescheidener geschäftlicher Aufmerksamkeiten in einem geschäftlichen Umfeld zur Schaffung von Wohlwollen kann zulässig sein. Die Bereitstellung oder das Anbieten großzügiger geschäftlicher Aufmerksamkeiten mit der Absicht oder Erwartung, günstigere Geschäftskonditionen oder Möglichkeiten zu erhalten, die andernfalls nicht verfügbar wären, ist jedoch strengstens untersagt. Lubrizol-Unternehmen, Lubrizol-Personal und Intermediären ist es untersagt, sich direkt oder indirekt an kommerzieller Bestechung zu beteiligen. Darüber hinaus dürfen sie von keiner Person oder Firma solche Zahlungen als Gegenleistung für die Gewährung eines unzulässigen Vorteils erhalten, beispielsweise für die Vergabe von Aufträgen an diese Person oder Firma.

Verbotene Zwecke. Um die Einhaltung des FCPA sicherzustellen, darf kein Lubrizol-Unternehmen, kein Lubrizol-Mitarbeiter und kein Intermediär einem Regierungsbeamten für einen der folgenden Zwecke unzulässigerweise etwas von Wert zur Verfügung stellen, genehmigen, versprechen oder anbieten:

- Unzulässige Beeinflussung des Beamten
- Sicherung jeglicher unzulässiger Geschäftsvorteile
- Auswirkungen auf jede offizielle Entscheidung
- Unterstützung eines Lubrizol-Unternehmens bei der Erlangung oder Beibehaltung von Geschäften oder Weiterleitung von Geschäften an andere Personen oder Unternehmen.

Ebenso darf kein Lubrizol-Unternehmen, kein Lubrizol-Mitarbeiter und kein Intermediär einen Dritten *autorisieren*, einem Regierungsbeamten für einen der oben aufgeführten Zwecke unzulässigerweise etwas von Wert bereitzustellen, anzubieten oder zu versprechen, dies zu tun.

„Korrupte“ Zahlungen. Der FCPA verbietet die Bereitstellung, das Versprechen oder das Angebot oder die Genehmigung der Bereitstellung von Wertgegenständen für einen Regierungsbeamten, wenn dies auf „korrupte“ Weise geschieht. Dies bedeutet, dass der Geber die Absicht oder den Wunsch hat, den Empfänger unangemessen zu beeinflussen und eine Gegenleistung zu erhalten (z. B. ein *Quidproquo*). Das Wort „korrupt“ wird im FCPA verwendet, um klarzustellen, dass das Angebot, die Zahlung, das Versprechen oder die Schenkung darauf abzielen muss, den Beamten dazu zu verleiten, eine offizielle Position zu missbrauchen, um dem Geber dabei zu helfen, einen geschäftlichen Vorteil zu erlangen.

Regierungsbeamte. Gemäß FCPA ist ein Regierungsbeamter:

- Jeder Beamte oder Angestellte einer Regierung oder einer staatlichen Abteilung, Behörde oder Einrichtung
- Jeder gewählte Beamte
- Jeder Beamte oder Angestellte einer öffentlichen internationalen Organisation wie den Vereinten Nationen oder der Weltbank
- Jede Person, die in offizieller Funktion für oder im Namen einer staatlichen Behörde, Abteilung, Einrichtung oder einer öffentlichen internationalen Organisation handelt
- Jede Führungskraft oder jeder Angestellte eines Unternehmens, das in staatlichem Besitz oder unter staatlicher Kontrolle ist (z. B. eine staatliche Ölgesellschaft oder ein staatliches Krankenhaus)
- Ein Mitarbeiter einer politischen Partei
- Kandidaten für ein politisches Amt
- Jedes Mitglied einer königlichen Familie, dem es möglicherweise an formeller Autorität mangelt, das aber ansonsten einflussreich sein könnte, unter anderem durch den Besitz oder die Leitung staatseigener oder kontrollierter Unternehmen.

Es ist wichtig zu beachten, dass Mitarbeiter von staatseigenen oder staatlich kontrollierten Unternehmen (ob teilweise oder vollständig staatseigen oder staatlich kontrolliert) im Sinne des FCPA als Regierungsbeamte gelten, unabhängig von ihrem Rang, ihrer Nationalität oder ihrer Einstufung nach lokalem Recht. Einige Personen, die in ihrem eigenen Land möglicherweise nicht als Regierungsbeamte gelten, gelten im Sinne des FCPA als Regierungsbeamte (z. B. Ärzte und Krankenschwestern, die bei einem staatlichen Gesundheitssystem angestellt sind, oder Mitarbeiter einer staatlichen Ölgesellschaft). Darüber hinaus kann ein Unternehmen unter staatlicher Kontrolle stehen, auch wenn es börsennotiert ist und sich einige seiner Aktien nicht im Besitz der Regierung befinden.

Für die Zwecke dieser Richtlinie werden enge Familienangehörige von Regierungsbeamten (z. B. Bruder, Schwester, Mutter, Vater, Ehemann, Ehefrau oder Kind) als Regierungsbeamte behandelt. Die Verbote der Richtlinie gelten auch in Bezug auf ehemalige Regierungsbeamte in Fällen, in denen der ehemalige Regierungsbeamte eine Art Quasi-Beamtenstatus beibehält.

Alles von Wert. Der Begriff „Alles von Wert“ wird im FCPA sehr weit ausgelegt und umfasst weit mehr als nur Geldgeschenke. Jedes der folgenden Dinge könnte unter anderem eine „Wertsache“ darstellen:

- Geld in jeglicher Form und Höhe (ob Bargeld, Scheck, Überweisung, Gutscheine, Prepaid-Karten usw.)
- Mahlzeiten und Getränke
- Unterhaltung, wie Golfausflüge oder Sportveranstaltungen
- Flüge mit privaten oder vom Lubrizol-Unternehmen bereitgestellten Flugzeugen
- Urlaube
- Übermäßige Rabatte auf Produkte oder Dienstleistungen
- Überhöhte Provisionen
- Verkäufe unter dem Marktwert
- Käufe über den Marktpreisen
- Kunst
- Fahrzeuge
- Vertragliche Rechte
- Spenden für wohltätige Zwecke
- Stipendien für Familienangehörige
- Andere Arten von Geschenken, einschließlich persönlicher Geschenke

Der Begriff gilt auch für immaterielle Leistungen wie Beiträge an die bevorzugte Wohltätigkeitsorganisation eines Beamten, Arbeits- oder Praktikumsangebote für Freunde oder Familie eines Beamten, Unterstützung eines Familienmitglieds oder Freundes eines Beamten bei der Aufnahme oder einem Stipendium an einer Schule, Visa-Sponsoring oder andere Arten der Hilfe oder Unterstützung für Beamte oder deren Freunde und Familie.

Geschenke und Unterhaltungsaufwendungen. Es gibt Umstände, unter denen die Bereitstellung kostengünstiger Artikel an einen Regierungsbeamten im Rahmen des FCPA zulässig sein kann. Beispielsweise ist die Bereitstellung von Geschenken von geringem Wert wie Stifte oder Tassen mit dem Logo eines Lubrizol-Unternehmens ohne die Absicht, den Beamten unangemessen zu beeinflussen, akzeptabel. Bevor Lubrizol-Personal einem Regierungsbeamten auch nur geringfügige Geschenke oder Bewirtungen gewährt, muss es die schriftliche Genehmigung des Vizepräsidenten für Ethik und Compliance von Lubrizol oder seines örtlichen Beauftragten einholen. Einige Länder verbieten die Bereitstellung von jeglichen Dingen von Wert an Regierungsbeamte, selbst Geschenke oder Unterhaltungsleistungen von geringem Wert. In diesen Ländern verbietet diese Richtlinie die Bereitstellung von Geschenken oder Unterhaltungsleistungen jeglicher Art an Regierungsbeamte. Soweit gesetzlich zulässig, dürfen Geschenke oder Unterhaltungsleistungen an Regierungsbeamte im Rahmen dieser Richtlinie nur erfolgen, wenn sie:

- zur Förderung des allgemeinen Wohlbollens und nicht als *Gegenleistung* für eine offizielle Maßnahme gedacht sind
- von sehr geringem Wert sind (um festzustellen, ob der Wert gering ist, sollte der Wert aller früheren Geschenke oder Unterhaltungsleistungen für denselben Beamten im selben Jahr addiert werden)
- nicht in Form von Bargeld übergeben werden

- in Art und Wert in dem Land üblich sind, in dem sie hergestellt werden
- offen und nicht heimlich übergeben werden
- nicht dazu gedacht sind, den Regierungsbeamten unangemessen zu beeinflussen
- in den Büchern und Aufzeichnungen des jeweiligen Lubrizol-Unternehmens präzise dokumentiert werden
- nach Erhalt der erforderlichen Genehmigung gemäß dem Ethikkodex von Lubrizol oder einer anderen geltenden Richtlinie übergeben werden.

Vorsätzliches Wegschauen ist keine Verteidigung. Der FCPA verpflichtet Unternehmen und Einzelpersonen zur Haftung, selbst wenn sie keine tatsächliche Kenntnis von einer unzulässigen Zahlung an einen Regierungsbeamten haben, wenn sie hätten wissen müssen, dass ein Intermediär eine unzulässige Zahlung beabsichtigte oder wahrscheinlich leisten würde. Dementsprechend dürfen die Lubrizol-Unternehmen und das Lubrizol-Personal nicht vorsätzlich blind gegenüber Tatsachen bleiben, die auf unzulässige Zahlungen, Geschenke oder Versprechen oder Angebote von Zahlungen oder Geschenken von Wert für einen Regierungsbeamten schließen lassen. Die Haftung für einen FCPA-Verstoß kann nicht durch den Versuch vermieden werden, die Warnzeichen oder Hinweise auf unangemessenes Verhalten zu ignorieren oder „ein Auge zuzudrücken“. Mitarbeiter von Lubrizol, die vermuten oder Anzeichen dafür sehen, dass korrupte Zahlungen oder Zahlungsangebote in Erwägung gezogen werden oder von oder im Namen eines Lubrizol-Unternehmens getätigt wurden, dürfen nicht „weschauen“ oder die Hinweise oder Warnsignale („red flags“) ignorieren. Das Fehlen tatsächlicher Kenntnis einer Bestechung stellt im Rahmen des FCPA keine Entschuldigung dar.

Redliche und angemessene Geschäftsausgaben. Der FCPA erlaubt die Zahlung von redlichen und angemessenen Reise- und Unterbringungskosten für Regierungsbeamte unter bestimmten, hierin festgelegten Umständen. Um die Einhaltung des FCPA sicherzustellen, erlaubt diese Richtlinie die Zahlung solcher Ausgaben nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung des Vizepräsidenten für Ethik und Compliance von Lubrizol und nur dann, wenn dies nach lokalem Recht zulässig wäre und die Regierung oder Regierungsstelle des Beamten davon Kenntnis hat und die geplanten Ausgaben schriftlich genehmigt. Solche Ausgaben werden nur dann genehmigt, wenn sie:

- in direktem Zusammenhang mit der Werbung, Präsentation oder Erläuterung der Produkte oder Dienstleistungen von Lubrizol, der Ausführung oder Erfüllung eines Vertrags oder anderen legitimen Schulungsprogrammen stehen, die direkt mit dem Geschäft von Lubrizol verbunden sind
- nicht dazu gedacht sind, den Beamten unangemessen zu beeinflussen
- den Anforderungen dieser Richtlinie entsprechen.

Solche Ausgaben müssen **angemessen (bescheiden und nicht verschwenderisch)** sein und sich auf Reise- und Unterbringungskosten beschränken, die für die direkte Reise eines Regierungsbeamten zum und vom Veranstaltungsort oder Standort des Lubrizol-Unternehmens anfallen. Die gezahlten Ausgaben dürfen keine Ausgaben für „Abstecher“ in andere Städte oder Länder oder für zusätzliche Tage für Tourismus oder Besichtigungen umfassen. Die Unterbringungskosten sollten nur angemessene Unterbringungskosten umfassen, einschließlich angemessener Ausgaben für Mahlzeiten, die bei der Unterbringung in Business-Class-Hotels tatsächlich anfallen oder mit der Unterbringung in Business-Class-Hotels verbunden sind, und nur

während des Zeitraums der jeweiligen Tagung, des Betriebsbesuchs, des Seminars oder der Veranstaltung oder auf dem Weg zu solchen Aktivitäten. Wenn solche Ausgaben genehmigt werden, müssen alle Zahlungen, wann immer möglich, direkt an den Drittanbieter (z. B. eine Fluggesellschaft oder ein Hotel) und nicht an den Regierungsbeamten erfolgen, und solche Zahlungen dürfen nur gezahlt oder erstattet werden, wenn sie ausreichend durch Unterlagen und Quittungen belegt sind und dann ordnungsgemäß in den Büchern und Aufzeichnungen des jeweiligen Lubrizol-Unternehmens erfasst werden. Unter keinen Umständen dürfen einem Regierungsbeamten Tagegelder oder Zulagen gewährt werden. Ein Lubrizol-Unternehmen übernimmt niemals einen Teil der Reise- oder Unterbringungskosten, die einem Ehepartner oder einem anderen Familienmitglied eines Regierungsbeamten entstehen.

Beschleunigungszahlungen. Beschleunigungszahlungen sind geringe inoffizielle Zahlungen, die geleistet werden, um eine routinemäßige Regierungsmaßnahme zu beschleunigen oder sicherzustellen. Sie sind nach dem US-amerikanischen Foreign Corrupt Practices Act (FCPA) zulässig, andere Länder haben jedoch restriktivere Gesetze. Lubrizol verbietet grundsätzlich alle Beschleunigungszahlungen. Alle Anfragen nach Schmiergeldzahlungen oder anderen Bestechungsgeldern müssen dem Vizepräsidenten für Ethik und Compliance von Lubrizol gemeldet werden.

Politische Spenden. Jede geleistete politische Spende muss im Einklang mit den örtlichen Gesetzen und im Einklang mit dem FCPA stehen und darf nicht zur Erlangung eines unzulässigen Geschäftsvorteils wie die Vergabe eines Geschäfts oder eines Regierungsauftrags, die Erlangung eines Steuervorteils oder eine Senkung der Mehrwertsteuer oder der Körperschaftsteuer, die Einholung einer Genehmigung oder Lizenz oder die Beschleunigung der Ausstellung von Genehmigungen, Steuervorteilen oder die Einfuhr von Waren erfolgen. Außerhalb der USA sollten keine politischen Spenden gemacht werden, ohne:

- Einholen einer schriftlichen Rechtsberatung durch einen Anwalt vor Ort hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der Spende nach lokalem Recht
- Einholen einer schriftlichen Rechtsberatung eines US-Rechtsanwalts bezüglich der Rechtmäßigkeit der Spende gemäß dem FCPA
- Vorherige schriftliche Genehmigung des Vizepräsidenten für Ethik und Compliance von Lubrizol.

Wohltätigkeits- und Bildungsspenden. Jegliche Wohltätigkeits- oder Bildungsspenden, einschließlich Reise-, Unterbringungs- oder Verpflegungskosten, müssen im Einklang mit den örtlichen Gesetzen und im Einklang mit dem FCPA stehen und dürfen nicht zur Erlangung oder Aufrechterhaltung von Geschäften, zur Weiterleitung von Geschäften an eine andere Person oder Organisation oder zur Erlangung eines unzulässigen Vorteils geleistet werden. Lubrizol-Unternehmen werden vor der Leistung einer Wohltätigkeits- oder Bildungsspende außerhalb der USA eine angemessene risikobasierte Due-Diligence-Prüfung durchführen und dokumentieren, um festzustellen, ob Warnsignale vorliegen, die das mit der Spende verbundene Risiko bezüglich der Einhaltung der Antikorruptionsvorschriften erhöhen könnten.

Die Rechnungslegungs- und internen Kontrollbestimmungen des FCPA. Der FCPA erlegt Berkshire und seinen konsolidierten Tochtergesellschaften, einschließlich aller Lubrizol-Unternehmen, strenge Rechnungslegungs- und Aufzeichnungspflichten auf. Diese

Rechnungslegungsbestimmungen bestehen aus zwei Hauptkomponenten: der Buchhaltungs- und Aufzeichnungsbestimmung und der internen Kontrollbestimmung.

Bücher und Aufzeichnungen.

Die Rechnungslegungsbestimmungen verlangen von Berkshire und seinen konsolidierten Tochtergesellschaften, Bücher und Aufzeichnungen zu führen, die Transaktionen und die Veräußerung von Vermögenswerten genau und in angemessener Detailliertheit widerspiegeln. Diese Anforderung erstreckt sich nicht nur auf die Hauptbücher, sondern auch auf alle Dokumente, die Geschäftsvorgänge und Verfügungen über Vermögenswerte beschreiben, wie Rechnungen, Quittungen, Spesenabrechnungen, Bestellungen und Versanddokumente. Falsche, irreführende oder unvollständige Einträge in den Büchern und Aufzeichnungen des Lubrizol-Unternehmens sind verboten. Diese Richtlinie verbietet auch die Aufbewahrung bzw. Führung nicht offengelegter oder nicht erfasster Gelder oder Konten. Da die Buch- und Aufzeichnungsbestimmungen keine Wesentlichkeitsanforderung enthalten, kann jede falsche Aufzeichnung, unabhängig von der Höhe, zu einem FCPA-Verstoß führen. Daher müssen alle Mitarbeiter von Lubrizol die Verantwortung für die Einhaltung der Buch- und Aufzeichnungsanforderungen des FCPA übernehmen. Kein Lubrizol-Mitarbeiter sollte davon ausgehen, dass die Verantwortung für korrekte Bücher und Aufzeichnungen allein im Finanz- und Rechnungswesen liegt.

Interne Kontrollen.

Die Bestimmungen des FCPA zu internen Kontrollen verlangen von Berkshire und den Tochtergesellschaften unter seiner Kontrolle, ein System interner Rechnungslegungskontrollen zu entwickeln und aufrechtzuerhalten, das ausreicht, um angemessene Sicherheit zu bieten, damit:

- Transaktionen gemäß der allgemeinen oder besonderen Genehmigung der Geschäftsführung durchgeführt werden
- Transaktionen bei Bedarf aufgezeichnet werden, um die Erstellung von Jahresabschlüssen in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen oder anderen für solche Abschlüsse geltenden Kriterien zu ermöglichen und die Rechenschaftspflicht über Vermögenswerte zu erfüllen
- der Zugriff auf Vermögenswerte nur im Rahmen einer allgemeinen oder besonderen Genehmigung der Geschäftsführung gestattet ist
- die erfassten Vermögenswerte in angemessenen Abständen mit den vorhandenen Vermögenswerten verglichen und bei etwaigen Abweichungen entsprechende Maßnahmen ergriffen werden

Es ist daher der Grundsatz jedes Lubrizol-Unternehmens, dass alle Transaktionen zeitnah, konsistent und genau in Bezug auf Betrag, Abrechnungszeitraum, Zweck und Buchhaltungsklassifizierung aufgezeichnet werden. Darüber hinaus muss jedes Lubrizol-Unternehmen die folgenden Regeln einhalten:

- Für jede Transaktion oder Veräußerung von Vermögenswerten durch ein Lubrizol-Unternehmen muss eine ordnungsgemäße Befugnis vorliegen. Für alle Reisen, Geschenke oder Unterhaltungsleistungen, die einem Regierungsbeamten gemäß der Reise- und Spesenrichtlinie von Lubrizol gewährt werden, müssen Quittungen eingeholt und aufbewahrt werden. Einem Antrag auf Erstattung geschäftsbezogener Ausgaben müssen

Belege beigefügt werden, die Folgendes enthalten: (a) eine Beschreibung der Ausgabe, (b) ihren Zweck, (c) die Identifizierung des Empfängers der Mittel, (d) der ausgegebene Geldbetrag und (e) die Zahlungsweise. Diese Aufzeichnungen werden regelmäßig auf Einhaltung dieser Richtlinie überprüft.

- Als Beleg für jede Zahlung an eine Regierungsbehörde oder einen Beamten muss eine Rechnung oder eine Erklärung mit dem Briefkopf der Behörde vorgelegt werden, aus der die erbrachten Dienstleistungen und der fällige Betrag hervorgehen.
- Es dürfen keine geheimen oder nicht aufgezeichneten Gelder oder Vermögenswerte eines Lubrizol-Unternehmens erstellt oder gepflegt werden, und es dürfen keine Buchhaltungsbilanzen erstellt oder verwaltet werden, die nicht dokumentarisch belegt sind, ganz oder teilweise fiktiv sind oder keine vernünftige faktische Grundlage haben.
- Schecks eines Lubrizol-Unternehmens dürfen nicht auf „Bargeld“, auf „Inhaberscheck“ oder an Drittbevollmächtigte einer zahlungsberechtigten Partei ausgestellt werden. Abgesehen von dokumentierten Bargeldtransaktionen und/oder anderen Transaktionen, die nach den Reise- und Spesenrichtlinien zulässig sind, dürfen keine Bargeldtransaktionen durchgeführt werden, es sei denn, diese Transaktion wird durch eine Quittung mit der Unterschrift des Empfängers belegt und der Empfänger ist eine Partei, mit der Lubrizol einen schriftlichen Vertrag eingegangen ist.
- Alle Kassenkonten müssen strengen Kontrollen unterliegen, um sicherzustellen, dass kein Bargeld ohne die entsprechenden Genehmigungen ausgegeben wird. Voraussetzung für die Genehmigung ist der Nachweis des Empfängers, dass die Mittel nur für einen ordnungsgemäßen Zweck verwendet werden. Die Verwendung von Bargeld sollte so weit wie möglich eingeschränkt werden, und jede Verwendung von Bargeld muss ordnungsgemäß mit Belegen Dritter dokumentiert werden. Die Dokumentation einer Bargeldtransaktion muss Folgendes enthalten: (a) den Geschäftszweck für die Verwendung des Bargelds, (b) das Datum, (c) den gezahlten Betrag, (d) den Namen der Person, die das Bargeld auszahlt, (e) den Namen der Person, die das Geld erhält, und (f) den Namen des endgültigen Empfängers des Geldes, falls abweichend.
- Zahlungen an Intermediäre sollten nur in dem Land erfolgen, in dem der Intermediär die Dienstleistungen erbringt, oder in dem Land, falls abweichend, in dem der Intermediär seinen Hauptsitz hat. Die Praxis, Zahlungen auf Konten in anderen Ländern als dem Standort der Dienstleistungen oder dem Hauptsitz des Intermediärs zu leisten, ist nicht zulässig, es sei denn, der Intermediär legt einen gültigen Geschäftszweck und ordnungsgemäße Belegdokumente vor und die Transaktionen wurden vom Vizepräsidenten für Ethik und Compliance von Lubrizol genehmigt.
- Der Zugriff auf Buchhaltungs- oder Finanzaufzeichnungssysteme darf Personen ohne entsprechende Genehmigung nicht gewährt werden. Die Vernichtung oder Entfernung der Aufzeichnungen eines Lubrizol-Unternehmens darf nur in Übereinstimmung mit den Richtlinien zur Aufbewahrung von Aufzeichnungen von Lubrizol erfolgen.

Jede Lubrizol-Person, die Grund zu der Annahme hat, dass es bei einem Lubrizol-Unternehmen zu einem Verstoß gegen die vorstehenden Regeln gekommen sein könnte (einschließlich des Falls, dass eine Zahlung an einen Regierungsbeamten in den Büchern und Aufzeichnungen eines Lubrizol-Unternehmens falsch dargestellt wurde), muss diese Bedenken umgehend einem Vorgesetzten, an Lubrizols Vizepräsident für Ethik und Compliance oder über die Ethik- und Compliance-Hotline von Berkshire oder die Web-Meldeseite von Berkshire melden.

Strafen. Ein Verstoß gegen den FCPA kann schwerwiegende Folgen für ein Lubrizol-Unternehmen und die beteiligten Personen haben. Hierzu zählen erhebliche Geldbußen und strafrechtliche Sanktionen bis hin zu Freiheitsstrafen für Einzelpersonen. In schwerwiegenden Fällen überstiegen die Geldstrafen für Unternehmen die Grenze von einer Milliarde US-Dollar.

V. VERBOTENE TRANSAKTIONEN MIT BESTIMMTEN LÄNDERN/REGIONEN UND PERSONEN

Der Zweck dieses Abschnitts der Richtlinie besteht darin, die Verpflichtung von Lubrizol darzulegen, Wirtschafts- und Handelsstrafmaßnahmen und Embargoprogramme gemäß US-Recht, den Resolutionen der Vereinten Nationen und anderen geltenden Gesetzen strikt einzuhalten.

Die Einhaltung erfordert eine sorgfältige Überwachung und manchmal ein Verbot von Transaktionen, an denen sanktionierte Länder und Regime sowie sanktionierte Personen, Organisationen, Schiffe und Flugzeuge (z. B. Terroristen, Verbreiter von Massenvernichtungswaffen und Drogenhändler) beteiligt sind. Verstöße können zu strafrechtlichen Sanktionen von bis zu 20 Jahren Gefängnis, einer Geldstrafe von 1 Million US-Dollar oder beidem, sowie hohen zivilrechtlichen Strafen oder dem Doppelten des Wertes der betreffenden Transaktion führen. Abhängig von der Art des Verstoßes und der gesetzlichen Regelung können die anwendbaren Strafen jedoch höher ausfallen.

Jeder festgestellte Konflikt zwischen lokalem Recht und den unten beschriebenen Handelsbeschränkungen muss an den Vizepräsidenten für Ethik und Compliance von Lubrizol weitergeleitet werden, der in Absprache mit dem Finanzvorstand von Berkshire oder einer anderen vom Finanzvorstand von Berkshire benannten Person Leitlinien für das Lubrizol-Personal erteilen wird.

Transaktionen mit Kuba, Iran, Nordkorea, Syrien und bestimmten besetzten oder annektierten Regionen der Ukraine. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Richtlinie haben die USA umfassende Embargos oder Sanktionsprogramme gegen die folgenden Länder und geografischen Regionen verhängt:

- Kuba;
- Iran;
- Nordkorea;
- Syrien; und
- die Regionen Krim, Donezk und Luhansk in der Ukraine.

Diese Embargo- oder Sanktionsprogramme verbieten es Personen, sich an Handels-, Kommerz- oder Finanztransaktionen mit Einzelpersonen und Organisationen in den oben genannten Ländern/Regionen zu beteiligen. Einige nicht erschöpfende Beispiele für Geschäfte, die eingeschränkt werden können, sind:

- Importe in die USA und in einigen Fällen in andere Länder von Waren, Technologie, Software oder Dienstleistungen aus oder mit Ursprung in dem/der Embargoland/-region,
- Exporte von Waren, Technologie, Software oder Dienstleistungen aus den USA oder in einigen Fällen aus anderen Ländern, entweder direkt oder über Zwischenhändler, in das Land/die Region, gegen die ein Embargo verhängt wurde,
- Investitionen in dem Embargoland/der Embargoregion,
- Vermittlung des Verkaufs von Waren, Technologien oder Dienstleistungen in oder aus dem Land/der Region, gegen das/die ein Embargo verhängt wurde, auch wenn die Transaktion vollständig außerhalb der USA erfolgt,
- Abschluss von Versicherungen oder Rückversicherungen für Unternehmen oder Eigentum des Landes/der Region, gegen das/die ein Embargo verhängt wurde, oder für seine Staatsangehörigen oder für Importe aus oder Exporte in das Land/die Region, gegen das ein Embargo verhängt wurde, oder für dessen Staatsangehörige,
- Warenumsschlag durch das Embargoland/die Embargoregion,
- Andere Transaktionen, an denen ein Finanzinstitut oder eine andere Person, das/die im Namen des Landes/der Region handelt, gegen das/die ein Embargo verhängt wurde, ein Interesse hat.

Um die Einhaltung der vorstehenden Gesetze sicherzustellen, **darf sich kein Lubrizol-Unternehmen an Transaktionen oder Verhaltensweisen beteiligen, von denen bekannt ist, dass sie direkt oder indirekt Kuba, Iran, Nordkorea, Syrien, Russland, Weißrussland oder die Regionen Krim, Donezk oder Luhansk in der Ukraine betreffen, ohne vorher die ausdrückliche Genehmigung des Vizepräsidenten für Ethik und Compliance von Lubrizol, nach Rücksprache mit dem Finanzvorstand von Berkshire oder seinem Beauftragten, einzuholen.**

Darüber hinaus darf kein Lubrizol-Mitarbeiter geschäftlich in die oben aufgeführten Embargoländer reisen, ohne die vorherige schriftliche Genehmigung des Vizepräsidenten für Ethik und Compliance von Lubrizol einzuholen. Wenn eine solche Reise genehmigt wird, darf sie nur in Übereinstimmung mit etwaigen Bedingungen der Genehmigung durchgeführt werden. Unabhängig davon, ob die Reise aus geschäftlichen oder privaten Gründen erfolgt, ist es darüber hinaus keinem Lubrizol-Mitarbeiter gestattet, von Lubrizol ausgegebene Geräte (z. B. Laptops, Mobiltelefone, Tablets oder andere mobile Geräte) in diese Länder mitzuführen; und persönlichen Geräte, die auf solchen Reisen mitgeführt werden, dürfen keine Anwendungen oder Programme enthalten, die den Zugriff auf das E-Mail-System oder Netzwerk von Lubrizol ermöglichen.

Transaktionen mit bestimmten gesperrten Personen, Organisationen und Gruppen. Die USA haben außerdem Wirtschafts- und Handelssanktionsprogramme eingeführt, die es US-Personen, einschließlich Unternehmen mit Sitz außerhalb der USA, die sich im Besitz einer US-Muttergesellschaft befinden, untersagen, sich an nicht lizenzierten Transaktionen nahezu jeglicher

Art mit bestimmten Personen, Unternehmen, Schiffen und Flugzeugen zu beteiligen. Die US-Regierung identifiziert solche Personen, Organisationen, Schiffe und Flugzeuge, indem sie ihre Namen auf die Liste der „Specially Designated Nationals and Blocked Persons“ (die „SDN-Liste“) setzt, die vom Office of Foreign Assets Control („OFAC“) des US-Finanzministeriums geführt wird. Die US-Regierung führt weitere Listen von Parteien, die verschiedene Transaktionen einschränken oder begrenzen, einschließlich der Entity List, der Denied Persons List und der Unverified List, die jeweils vom Bureau of Industry and Security („BIS“) des US-Handelsministeriums geführt werden, und der Liste der ausgeschlossenen Parteien („Debarred Parties List“), wie sie vom Directorate of Defense Trade Controls des US-Außenministeriums geführt wird.

Die SDN-Liste umfasst Personen und Organisationen, die sich an Handlungen beteiligt haben, die der nationalen Sicherheit und den außenpolitischen Interessen der USA zuwiderlaufen, wie etwa „Transnationale kriminelle Organisationen“, „Drogenhändler“, „Terroristische Organisationen“ und „Verbreiter von Massenvernichtungswaffen“, und andere Handlungen wie Cyberkriminalität, Wahleinmischung sowie Korruption und Menschenrechtsverletzungen. Zu den weiteren Genannten auf der Liste gehören Personen und Organisationen aus den oben beschriebenen Ländern und Regionen mit einem Embargo (Kuba, Iran, Nordkorea, Syrien und die Regionen Krim, Donezk und Luhansk in der Ukraine) sowie andere, die sich an Verhaltensweisen im Zusammenhang mit bestimmten spezifizierten Ländern oder Regionen beteiligt haben, einschließlich, aber nicht beschränkt auf den Balkan, Weißrussland, Burma (Myanmar), die Zentralafrikanische Republik, die Demokratische Republik Kongo, Äthiopien, Hongkong, Irak, Libanon, Libyen, Mali, Nicaragua, Russland, Somalia, Südsudan, Sudan und Darfur, Ukraine, Venezuela, Jemen und Simbabwe.

Zu den Personen, die OFAC-Sanktionen unterliegen, zählen nicht nur die auf der SDN-Liste aufgeführten Personen, sondern auch Personen, die insgesamt direkt oder indirekt zu 50 % oder mehr im Besitz einer oder mehrerer auf der SDN-Liste aufgeführter juristischer Personen sind. Solche juristischen Personen müssen als blockierte oder benannte Parteien behandelt werden. Daher ist es wichtig, die Eigentumsstruktur der Unternehmen zu kennen, mit denen Transaktionen durchgeführt werden, um festzustellen, ob das Unternehmen, auch wenn es selbst möglicherweise kein SDN ist, gemäß der 50-Prozent-Regel des OFAC ein SDN ist. Diese Analyse erfordert oft ein Verständnis der Eigentümer eines Unternehmens. Zusätzlich zu allen Personen, die ausdrücklich auf der SDN-Liste genannt sind oder die gemäß der 50-Prozent-Regel des OFAC SDNs sind, gelten Sperranforderungen für die Regierungen von Kuba, Iran, Nordkorea und Syrien; sowie die meisten kubanischen natürlichen und juristischen Personen und Organisationen und alle iranischen Finanzinstitute.

Zusätzlich zum Verbot, Transaktionen mit SDNs durchzuführen, müssen US-Bürger, die in den Besitz oder die Kontrolle über Eigentum gelangen, an dem ein SDN einen Anteil hat, dieses Eigentum „blockieren“ oder „einfrieren“ (z. B. durch die Hinterlegung gesperrter Gelder in einem gesperrten Konto) und die Sperre innerhalb von 10 Werktagen dem OFAC melden.

Vor dem Abschluss einer Transaktion (einschließlich mit Lieferanten, Kunden und Banken) muss ein Lubrizol-Unternehmen die Gegenparteien und gegebenenfalls deren Eigentümer anhand der SDN-Liste und anderer Listen eingeschränkter Parteien, einschließlich der SSI-Liste, überprüfen, um etwaige Einschränkungen zu ermitteln. **Kein Lubrizol-Unternehmen und keine Lubrizol-Person darf sich direkt oder indirekt an Transaktionen oder Aktivitäten**

mit natürlichen oder juristischen Personen, Schiffen oder Flugzeugen beteiligen oder diese durchführen, die auf der SDN-Liste stehen (oder anderweitig gesperrt sind), und jegliche zukünftigen Geschäfte mit Personen, die tatsächlich oder vermutlich auf der SDN-Liste stehen, müssen unverzüglich dem Vizepräsidenten für Ethik und Compliance von Lubrizol gemeldet werden.

Transaktionen mit Venezuela. Aufgrund der anhaltenden und zunehmenden Besorgnis der US-Regierung hinsichtlich der politischen und sozialen Entwicklungen in Venezuela haben OFAC und andere Bundesbehörden Sanktionen entwickelt und umgesetzt, die sich auf die Regierung, staatliche Unternehmen, bestimmte Branchen sowie bestimmte natürliche und juristische Personen von/in Venezuela beziehen („Sanktionierte venezolanische Personen“). Lubrizol wird keine Verkäufe an sanktionierte venezolanische Personen tätigen und wird seine Vertriebshändler ausdrücklich anweisen, solche Verkäufe nicht zu tätigen. Darüber hinaus verlangt Lubrizol, dass jeder Händler, der Venezuela in seinem Hoheitsgebiet hat, alle in Venezuela ansässigen natürlichen und juristischen Personen angibt, an die dieser Händler Lubrizol-Produkte verkauft, und wird alle diese natürlichen und juristischen Personen überprüfen, um sicherzustellen, dass es sich bei niemandem um eine sanktionierte venezolanische Person handelt.

Russische und weißrussische Sanktionen und Exportkontrollen. Als Reaktion auf feindselige Handlungen in der Ukraine im Jahr 2022 verhängten die USA, die EU und andere Länder eine erhebliche Anzahl von Sanktionen sowie Export- und Importkontrollen gegen Russland und Weißrussland. **Infolgedessen hat Lubrizol beschlossen, alle direkten und indirekten Transaktionen in Russland und Weißrussland zu verbieten.** Jede Abweichung von dieser Richtlinie muss vom Vizepräsidenten für Ethik und Compliance von Lubrizol in Absprache mit dem Finanzvorstand von Berkshire oder seinem Beauftragten genehmigt werden. Bevor Lubrizol-Unternehmen Geschäfte in Russland tätigen, müssen sie detaillierte schriftliche Betriebsrichtlinien und -verfahren zur Geschäftsabwicklung unter strikter Einhaltung dieser Sanktionen und Exportkontrollen verabschieden und diese Richtlinien und Verfahren jährlich dem Chief Financial Office von Berkshire oder seinem Beauftragten zur vorherigen Genehmigung vorlegen. Dies gilt sowohl für Umsätze aus Russland als auch für Lieferketten- und Dienstleisterbeziehungen (z. B. Softwareentwicklung und Codierung). Die Sanktionen wurden in den Jahren 2022 und 2023 regelmäßig erweitert und aktualisiert und werden wahrscheinlich bis zum Ende des Ukraine-Konflikts weiterentwickelt. Hunderte russische Unternehmen, die meisten Banken, Dutzende vermögende Russen und die Unternehmen, die sie besitzen oder kontrollieren, unterliegen völligen Geschäftsverboten mit den USA, der EU, dem Vereinigten Königreich und anderen Ländern.

Diese Sanktionen verbieten auch die Erbringung von Dienstleistungen für die russische Wirtschaft, unabhängig davon, ob der Empfänger das Ziel von Sanktionen aufgrund dieser Liste ist. Zu diesen Dienstleistungen gehören: Buchhaltungs-, Treuhand- und Unternehmensgründungsdienstleistungen; Unternehmensberatung, Architektur- und Ingenieurdienstleistungen; und Quantencomputerdienste. Ähnliche Sanktionen zielen auf die Beteiligung an der Produktion und dem Transport von russischem Öl und Gas ab, einschließlich eines Verbots der Erbringung nahezu aller Dienstleistungen (einschließlich Versicherungen) im Zusammenhang mit dem Seetransport von russischem Öl, sofern diese nicht innerhalb bestimmter Preisobergrenzen liegen. Russische Unternehmen, die in den oben genannten Sektoren oder in den Bereichen Finanzen, Metalle/Bergbau und Luftfahrt tätig sind, sind einem erhöhten Risiko ausgesetzt, Opfer listenbasierter Sanktionen zu werden. Darüber hinaus haben Änderungen der

US-Exportkontrollen, die durch den Ukraine-Konflikt ausgelöst wurden, zur Folge, dass der Export fast aller von den USA kontrollierten Güter nach Russland vermutlich verweigert wird. Dazu gehören, mit wenigen Ausnahmen, relativ weit verbreitete Verschlüsselungsfunktionen in Computersoftware sowie die meiste „Dual-Use“-Hardware und technischen Informationen.

Lubrizol-Unternehmen müssen auch die Sanktionen einhalten, die für russische Unternehmen gelten, die außerhalb Russlands tätig sind. Die US-Exekutivverordnung 13662 genehmigt sektorale Sanktionen, gemäß denen das OFAC Unternehmen, die in drei bestimmten Sektoren der russischen Wirtschaft (Verteidigung, Energie und Finanzdienstleistungen) tätig sind, zur Aufnahme in die Liste der Sektorsanktionen („SSI-Liste“) aufgenommen hat. OFAC verbietet ausdrücklich: 1) den Handel mit „neuen Schulden“ für jegliches SSI-Unternehmen (einschließlich Handelskrediten, die SSI-Unternehmen angeboten werden); und 2) Bereitstellung von Waren, Dienstleistungen oder Technologie zur Unterstützung von Ölexplorations- oder -produktionsprojekten dreier Arten – Tiefsee-, Arktis-Offshore- oder Schieferförderung– an die folgenden Unternehmen: i) ein SSI-Unternehmen direkt; oder ii) ein Unternehmen, an dem ein SSI-Unternehmen direkt oder indirekt eine Eigentumsbeteiligung von 33 % oder mehr hält. Lubrizol überprüft alle potenziellen Kunden, die in diesen Wirtschaftssektoren oder in der Region tätig sind, und führt eine Eigentumsprüfung durch, um sicherzustellen, dass keine Transaktion gegen diese Sanktionen verstößt. Kein Lubrizol-Unternehmen darf sich an Transaktionen oder Verhaltensweisen beteiligen, von denen bekannt ist, dass sie direkt oder indirekt Teile der russischen Branchensanktionen betreffen, ohne die ausdrückliche vorherige Genehmigung des Vizepräsidenten für Ethik und Compliance von Lubrizol nach Rücksprache mit dem Finanzvorstand von Berkshire oder seinem/ihrem Beauftragten einzuholen.

Transaktionen mit China. China ist das jüngste Ziel erheblicher US-Wirtschaftssanktionen und Exportkontrollmaßnahmen, die den Handel mit bestimmten chinesischen Unternehmen oder Einzelpersonen einschränken oder bestimmte US-Exporte und Reexporte nach China verbieten oder Lizenzanforderungen für sie vorsehen. Mehrere US-Regierungsbehörden haben ihre verschiedenen Listen aktualisiert, um chinesische Regierungsstellen und -beamte sowie zahlreiche private Einrichtungen und Einzelpersonen aufzunehmen. Lubrizol-Unternehmen werden weiterhin sicherstellen, dass Transaktionen mit chinesischen Unternehmen den einschlägigen US-amerikanischen und chinesischen Gesetzen entsprechen.

Ransomware-Zahlungen. OFAC hat eine Warnung bezüglich der Zahlung von Lösegeld im Zusammenhang mit Malware-Angriffen herausgegeben. Personen, die mit mehreren Arten von Malware in Verbindung stehen, wurden zur SDN-Liste hinzugefügt, darunter Personen, die mit Triton, Cryptolocker, SamSam, WannaCry 2.0 und Dridex in Verbindung stehen, sowie Unternehmen, die Finanztransaktionen für Ransomware-Akteure ermöglichen, darunter SUEX. Ein Lubrizol-Unternehmen, das eine Ransomware-Anfrage von böswilligen Cyber-Akteuren erhält, wird die gebotene Sorgfalt walten lassen, um sicherzustellen, dass die Partei, die eine Lösegeldzahlung fordert, kein SDN ist oder anderweitig Handelssanktionen unterliegt. Lösegeldzahlungen dürfen von Lubrizol nur geleistet werden, wenn dies vom Vizepräsidenten für Ethik und Compliance von Lubrizol genehmigt wurde.

Sekundäre Sanktionen. Die US-Regierung unterhält außerdem „sekundäre Sanktionsprogramme“, nach denen Sanktionen gegen ausländische Personen verhängt werden können oder müssen, die sich an Geschäften mit SDNs oder anderen Aktivitäten beteiligen, die im

Widerspruch zur nationalen Sicherheit oder Außenpolitik der USA stehen. Sekundäre Sanktionen zielen darauf ab, die Geschäfte ausländischer Unternehmen zu regulieren, die keine Verbindung zu den USA haben, indem sie Konsequenzen für die Beteiligung an solchen Aktivitäten verhängen. Im Rahmen sekundärer Sanktionen können ausländische Unternehmen, die Geschäfte mit SDNs und Embargoländern tätigen, bestimmten Konsequenzen ausgesetzt sein, die ihre Fähigkeit zur Geschäftsabwicklung mit den USA beeinträchtigen können, einschließlich der Verweigerung des Zugangs zum US-Finanzsystem und/oder der Benennung der ausländischen Person als SDN. Kein Lubrizol-Unternehmen darf Transaktionen mit einer Person eingehen, von der bekannt ist, dass sie sekundären Sanktionen der US-Regierung unterliegt.

Begünstigung¹. Kein Lubrizol-Unternehmen und kein Lubrizol-Mitarbeiter darf eine Transaktion mit einem Embargoland oder einer Person begünstigen, das/die Gegenstand von Sanktionen ist, ohne dass eine entsprechende Befugnis oder andere Genehmigung erteilt wurde. „Begünstigung“ ist jede Handlung eines Lubrizol-Unternehmens oder eines Lubrizol-Mitarbeiters, die Handelsaktivitäten mit einem sanktionierten Ziel durch eine beliebige Person unterstützt oder erleichtert, mit bestimmten engfassten Ausnahmen (z. B. Aktivitäten rein bürokratischer Art oder Aktivitäten mit Berichtscharakter, die keine Handels- oder Finanztransaktionen fördern).

OFAC wendet die Begünstigungsgesetze sehr weitreichend an. Eine Begünstigung liegt beispielsweise vor, wenn ein Lubrizol-Unternehmen oder ein Lubrizol-Mitarbeiter:

- Richtlinien oder Verfahren ändert, um einem nicht in den USA ansässigen Tochterunternehmen die Annahme einer Transaktion zu ermöglichen, an der eine sanktionierte oder verbotene Partei beteiligt ist
- auf eine Angebotsanfrage reagiert, an der eine verbotene Partei beteiligt ist
- informell oder informell über eine Transaktion abstimmt (z. B. als Vorstandsmitglied), diese genehmigt oder leitet, oder Transaktionsdokumente ausstellt, wenn eine solche Transaktion verboten wäre, wenn sie von einer US-Person oder innerhalb der USA durchgeführt würde
- einer/einem nicht in den USA ansässigen Lubrizol-Unternehmen oder Lubrizol-Mitarbeiter erlaubt, die Ressourcen eines US-amerikanischen Lubrizol-Unternehmens (z. B. Computersysteme, lizenzierte Software, Bankbeziehungen, Betriebsaufsicht, Management oder Rechtsdienstleistungen) zu nutzen, um ihre/seine Transaktionen zu unterstützen, wenn eine solche Transaktion, wenn sie von einer US-Person oder innerhalb der USA durchgeführt würde, verboten wäre.

Wenn eine US-amerikanische Lubrizol-Person eine Mitteilung von einer Lubrizol-Person oder einem Intermediär außerhalb der USA erhält, die sich möglicherweise auf eine Transaktion

¹ Für die Zwecke dieses Abschnitts bezieht sich „Sanktionen“ auf die verschiedenen umfassenden und selektiven Sanktionen, die das OFAC gegen Länder, Unternehmen und Einzelpersonen verhängt, die Vermögenswerte und Handelsaktivitäten blockieren, um außenpolitische und nationale Sicherheitsziele zu erreichen. Die Begünstigungsbestimmungen gelten für OFAC-Sanktionen und umfassen nicht die von der BIZ erlassenen Exportkontrollbestimmungen. Dieser Rechtsbereich kann komplex sein; bei Fragen wenden Sie sich bitte an den Vizepräsidenten für Ethik und Compliance von Lubrizol.

bezieht, diewenn sie von einer US-Person, innerhalb der USA oder unter Verwendung von US-Ursprungsmaterialien durchgeführt würde, verboten wäre, muss sie Lubrizols Vizepräsident für Ethik und Compliance kontaktieren, bevor sie auf die Mitteilung antwortet oder sich auf ein Gespräch bezüglich der Transaktion einlässt.

Offenlegung iranbezogener Aktivitäten. Abschnitt 13 des US Securities Exchange Act von 1934 verlangt, dass bestimmte bei der Securities and Exchange Commission („SEC“) registrierte Emittenten, darunter Berkshire, in ihren öffentlichen Einreichungen und in separaten Berichten an die SEC offenlegen, ob sich der Emittent oder eines seiner verbundenen Unternehmen wissentlich an bestimmten spezifischen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Iran, an Transaktionen oder am Umgang mit bestimmten „gesperrten Personen“ beteiligt. Für diese Emittenten müssen die Quartals- und Jahresberichte eine Offenlegung aller meldepflichtigen Aktivitäten enthalten, die während des Berichtszeitraums stattgefunden haben (z. B. bei einem Jahresbericht während des Geschäftsjahres). Es ist eine Offenlegung der Aktivitäten aller Tochtergesellschaften von Berkshire erforderlich, die nach dem Gesetz als verbundene Unternehmen gelten.

Eine breite Palette von Aktivitäten ist meldepflichtig, darunter solche im Zusammenhang mit dem iranischen Energiesektor, militärischen Fähigkeiten, der Unterdrückung von Menschenrechten oder im Zusammenhang mit bestimmten Finanztransaktionen oder iranischen SDNs. Zu den meldepflichtigen Aktivitäten gehören unter anderem:

- Bestimmte Aktivitäten im Zusammenhang mit der iranischen Erdölindustrie, wie etwa die Bereitstellung von Versicherungen oder Rückversicherungen, die dazu beitragen, dass der Iran raffinierte Erdölprodukte importieren kann
- Bestimmte Aktivitäten, die wesentlich dazu beitragen, dass Iran in der Lage ist, eine destabilisierende Anzahl und Art fortschrittlicher konventioneller Waffen oder Massenvernichtungswaffen zu erwerben oder zu entwickeln
- Bestimmte Aktivitäten im Zusammenhang mit Geschäften mit der iranischen Regierung
- Bestimmte Aktivitäten, die den Erwerb oder die Nutzung von Gütern oder Technologien durch den Iran unterstützen, die wahrscheinlich dazu verwendet werden, Menschenrechtsverletzungen gegen das iranische Volk zu begehen.

Wenn ein Lubrizol-Mitarbeiter Grund zu der Annahme hat, dass eine potenziell meldepflichtige Aktivität stattgefunden hat, muss sie die Angelegenheit umgehend dem Vizepräsidenten für Ethik und Compliance von Lubrizol melden, damit festgestellt werden kann, ob es sich um eine Art von Aktivität handelt, die nach US-amerikanischem Recht offenzulegen ist. Da es für Transaktionen, die der Offenlegungspflicht unterliegen, keine Wesentlichkeitsschwelle gibt, ist es wichtig, dass der Vizepräsident für Ethik und Compliance von Lubrizol über alle derartigen Aktivitäten, auch über solche, die geringfügig oder zufällig erscheinen, informiert wird.

Laufende Compliance. Da sich Anti-Terror- und außenpolitische Programme weiterentwickeln und sich die damit verbundenen Regeln ändern, könnten sich Art und Umfang der erlaubten und verbotenen Aktivitäten ändern; beispielsweise könnten weitere Länder oder Personen Embargos oder Sanktionsprogrammen unterliegen oder bestehende Embargos könnten

aufgehoben oder Sanktionsprogramme gelockert werden. Außerdem können für Lubrizol-Unternehmen, die Geschäfte außerhalb der USA tätigen, zusätzliche oder andere Anforderungen gelten. Lubrizol wird die geltenden Sanktionsprogramme und anderen Handelsbeschränkungen überwachen, um sicherzustellen, dass seine Richtlinien aktuell bleiben. Das Lubrizol-Personal muss sich mit dem Vizepräsidenten für Ethik und Compliance von Lubrizol beraten, um die Einhaltung der geltenden Anforderungen zu bestätigen, bevor es aktiv Vertrags- oder Geschäftsbeziehungen mit Personen verfolgt oder eingeht oder Länder involviert, die unter Embargos oder Sanktionsprogramme fallen könnten. Alle OFAC-bezogenen Aufzeichnungen (einschließlich Überprüfungsaufzeichnungen, Lizenzinformationen usw.) sollten mindestens fünf Jahre lang aufbewahrt werden.

VI. ANDERE EINGESCHRÄNKTE TRANSAKTIONEN

Export- und Import-Compliance. Durch verschiedene Gesetze und Vorschriften, einschließlich, aber nicht beschränkt auf die International Traffic in Arms Regulations („ITAR“), die Export Administration Regulations („EAR“) und die Vorschriften zur Einfuhr von Waffen, Munition und Kriegsgeräten sowie die US-Zollgesetze und -vorschriften (gemeinsam „US-Import- und Exportkontrollgesetze“) kontrolliert die US-Regierung den Import (dauerhaft und vorübergehend) in und den Export (vorübergehend und dauerhaft) direkt aus den USA oder indirekt aus oder über ein fremdes Land, von Produkten, Software und Technologie/technischen Daten an ausländische Personen/Staatsangehörige. Darüber hinaus enthält die ITAR Registrierungsanforderungen für US-amerikanische Hersteller (einschließlich Verarbeiter) und Zwischenhändler von Verteidigungsartikeln, die der ITAR unterliegen, auch wenn diese Unternehmen nicht aus den USA exportieren. Die US-Import- und Exportkontrollgesetze verbieten die Ausfuhr und Wiederausfuhr aller Waren, die ihren Kontrollen unterliegen, sowie von beinhalteten Artikeln, vorgesehene Ausfuhren abgedeckter Technologie/technischer Daten und Software sowie die Bereitstellung von Verteidigungsdiensten und die Bereitstellung von bestimmten Vermittlungsleistungen (auch durch im Ausland ansässige Unternehmen), ohne dass eine entsprechende Exportlizenz oder -genehmigung erteilt wurde oder eine entsprechende Befreiung oder Ausnahme vorliegt. Beachten Sie, dass jede Weitergabe von Technologie/technischen Daten an einen Ausländer je nach den geltenden Vorschriften als Export in das Land bzw. die Länder betrachtet wird, dessen Staatsangehörigkeit die Person besitzt, auch wenn die Weitergabe in den USA erfolgt – solche Weitergaben werden als „vorgesehene Ausfuhren“ erachtet. Die für die Verwaltung der EAR und der ITAR zuständigen Behörden haben außerdem Listen von Parteien veröffentlicht, mit denen verschiedene Export- oder Reexporttransaktionen eingeschränkt oder verboten sind. Jedes Lubrizol-Unternehmen und jeder Lubrizol-Mitarbeiter müssen die US-Import- und Exportkontrollgesetze sowie die geltenden lokalen Export- und Importgesetze vollständig einhalten.

US-Anti-Boycott-Gesetze. US-amerikanische Anti-Boycott-Gesetze verbieten es US-Unternehmen und deren „faktisch kontrollierten“ ausländischen Tochtergesellschaften, sich an ausländischen Boykotten zu beteiligen, die die USA, soweit der US-Handel beteiligt ist, nicht befürworten. Darüber hinaus muss, wenn eine Aufforderung im Zusammenhang mit einem Boykott eingeht, diese innerhalb von 30 Tagen nach dem Ende des Kalenderquartals, in dem sie eingegangen ist, dem US-Handelsministerium gemeldet werden. Auch die Teilnahme an einem nicht genehmigten Auslandsboykott kann negative steuerliche Folgen haben.

Obwohl die Anti-Boycott-Gesetze für alle nicht von den USA unterstützten Boykotte, die von ausländischen Ländern verhängt werden, gelten, ist der Boykott Israels durch die Arabische Liga der wichtigste außenwirtschaftliche Boykott, der abgedeckt wird. Während das Finanzministerium Irak, Kuwait, Libanon, Libyen, Katar, Saudi-Arabien, Syrien und Jemen als boykottierende Länder identifiziert hat, könnten auch andere Länder Quellen für Boykottanfragen sein.

Jedes Lubrizol-Unternehmen muss alle US-amerikanischen Anti-Boycott-Gesetze vollständig einhalten. Kein Lubrizol-Unternehmen und kein Lubrizol-Mitarbeiter darf Maßnahmen ergreifen, die direkt oder indirekt den Boykott Israels oder einen anderen ausländischen Boykott unterstützen, der nicht von den USA unterstützt wird. Jeder Lubrizol-Mitarbeiter, der Bedenken hat, ob auf eine Transaktion die US-amerikanischen Anti-Boycott-Regeln oder die Boykott- oder Anti-Boycott-Gesetze eines anderen Landes zutreffen, sollte sich mit dem Vizepräsidenten für Ethik und Compliance von Lubrizol beraten und die Transaktion erst nach Genehmigung durchführen. Darüber hinaus muss ein Lubrizol-Mitarbeiter, wenn sie eine Aufforderung zum Boykott erhält, unverzüglich den Vizepräsidenten für Ethik und Compliance von Lubrizol benachrichtigen.

VII. ZURÜCKBEHALTUNG VON INTERMEDIÄR-LEISTUNGEN

Vor der Beauftragung von Intermediären führt das Partner-Integritätsteam von Lubrizol eine angemessene und gründliche schriftlich dokumentierte Due-Diligence-Prüfung in Bezug auf Intermediäre gemäß der Richtlinie mit dem Titel „Überprüfung von Lubrizol-Partnern“ durch. Die durchzuführende Due-Diligence-Prüfung muss mindestens eine Bewertung der Eigentümer und der Geschäftsführung des Intermediärs umfassen, um festzustellen, ob diese von einer Aufnahme in eine US-Liste verbotener Parteien (z. B. der SDN-Liste) betroffen sind und ob gemäß der FCPA als ausländische Beamte gelten. Ebenso muss die Due-Diligence-Prüfung eine dokumentierte Bewertung der geschäftlichen Gründe für die Notwendigkeit der Beauftragung des Intermediärs und der vom Intermediär ausgehenden Compliance-Risiken umfassen, einschließlich des Charakters, der Qualifikationen, der Erfahrung, des Rufs bezüglich der Integrität und der nachgewiesenen Fähigkeit des Intermediärs, die Leistung zu erbringen, für die er beauftragt werden soll. Zu den Faktoren, die gegen die Beauftragung eines Intermediärs sprechen, gehören unter anderem ungewöhnliche Schadensersatzforderungen und ungewöhnliche Zahlungs-, Versand- oder Zielortbedingungen sowie die Entdeckung von Tatsachen, Umständen oder Warnsignale, die darauf hinweisen könnten, dass der Intermediär ein erhöhtes FCPA-, Handels- oder Sanktions-Compliance-Risiko schaffen könnte. Es liegt in der Verantwortung jedes Lubrizol-Mitarbeiters, der einen Intermediär beauftragt oder die Beauftragung eines Intermediärs sponsert, das Partner-Integritätsteam von Lubrizol zu kontaktieren, um sicherzustellen, dass die entsprechende Due-Diligence-Prüfung durchgeführt wurde. Im Folgenden finden Sie Beispiele für einige häufige Warnsignale, die mit einem erhöhten Compliance-Risiko verbunden sind:

- An der Transaktion ist ein Land beteiligt, das auf Grundlage des Corruption Perception Index („CPI“) für ein erhöhtes Korruptionsrisiko bekannt ist.
- Eine Referenzprüfung deckt Mängel im Hintergrund des Intermediärs auf.
- Eine Due-Diligence-Prüfung zeigt, dass es sich bei dem Intermediär um eine Briefkastenfirma handelt oder dass die Struktur des Intermediärs auf andere Weise unorthodox ist.

- Der Intermediär verlangt eine Zahlung auf ein Offshore-Konto oder andere nicht standardmäßige Zahlungsbedingungen.
- Der Intermediär ist nicht eindeutig qualifiziert oder verfügt nicht über die nötige Erfahrung, um die ihm übertragenen Aufgaben wahrzunehmen.
- Der Intermediär wird von einem Regierungsbeamten empfohlen.
- Der Intermediär ist teilweise im Besitz oder unter der Kontrolle eines Regierungsbeamten.
- Der Intermediär unterhält eine enge persönliche familiäre oder geschäftliche Beziehung zu einem Regierungsbeamten oder einem Verwandten eines Regierungsbeamten oder leistet hohe oder häufige politische Spenden an Regierungsbeamte.
- Der Intermediär verlangt für seine Dienste über dem Marktpreis liegende Beträge.
- Der Intermediär weist darauf hin, dass möglicherweise ein bestimmter Geldbetrag erforderlich ist, um Geschäfte zu tätigen oder ein bestimmtes Geschäft abzuschließen.
- Der Intermediär verlangt die Erstattung außergewöhnlicher, schlecht dokumentierter oder kurzfristiger Ausgaben.
- Der Intermediär erhebt Einwände gegen FCPA-Zusicherungen, -Garantien und -Verpflichtungen sowie relevante Aussagen zur Korruptionsbekämpfung in Verträgen mit dem Lubrizol-Unternehmen.
- Der Intermediär lehnt die Unterzeichnung von FCPA-Compliance-Zertifizierungen ab.
- Der Intermediär weigert sich, sein Eigentum, einschließlich etwaiger wirtschaftlicher oder anderer indirekter Eigentümer, Geschäftsinhaber oder Mitarbeiter, offenzulegen, oder verlangt, dass die Identität seiner Eigentümer, Geschäftsinhaber oder Mitarbeiter nicht offengelegt wird.
- Der Intermediär verlangt ein hohes Erfolgshonorar.

Der Prozess der Überwachung, Bewertung und Verwaltung der mit dem Einsatz von Intermediären verbundenen Compliance-Risiken muss während der gesamten Dauer der Beziehung fortgesetzt werden. Dieser Prozess kann eine kontinuierliche Überwachung unerwünschter Medien, regelmäßige Compliance-Zertifizierungen und aktualisierte Due-Diligence-Berichte umfassen. Im Falle von Intermediären, die ein höheres Compliance-Risiko darstellen, einschließlich Vertriebsmitarbeitern, die Lubrizol-Produkte zum Kauf durch staatliche Unternehmen in Ländern bewerben, die für ein höheres Korruptionsrisiko bekannt sind, ist eine zusätzliche Aufsicht erforderlich, die regelmäßige Audits und Verkaufsaktivitätsberichte sowie eine Ethikschulung umfassen kann. Die Due-Diligence-Prüfung dieser Intermediäre mit höherem Risiko muss alle zwei Jahre aktualisiert werden. Für Intermediäre mit geringem Risiko wird die Due-Diligence-Prüfung nach Bedarf aktualisiert, wie von Lubrizols Partnerintegritätsteam festgelegt.

Vertriebsmittler sind verpflichtet, schriftliche Vereinbarungen mit Vertragsbedingungen zur Korruptionsbekämpfung und zur Einhaltung von Handelsbestimmungen, einschließlich Prüfungsrechten, zu unterzeichnen, und gemäß der Lubrizol-Partnerbewertungsrichtlinie regelmäßige Compliance-Zertifizierungen durchzuführen. Andere Intermediäre in Ländern mit hohem Risiko (z. B. Logistikdienstleister und staatliche Auftragnehmer) müssen ihre Verpflichtung zur Einhaltung der Antikorruptionsgesetze und -vorschriften gemäß der Lubrizol-

Partnerbewertungsrichtlinie schriftlich oder elektronisch durch Abschluss einer Ethikschulung bescheinigen.

VIII. DUE DILIGENCE BEI FUSIONEN UND ÜBERNAHMEN

Wenn eine Fusion oder Übernahme abgeschlossen ist, werden diese Richtlinie und alle zusätzlichen Lubrizol-Richtlinien schnellstmöglich dem neu erworbenen Unternehmen mitgeteilt. Compliance-Schulungen zu den Antikorruptionsgesetzen und Handelsbestimmungen werden so schnell wie möglich im Einklang mit dieser Richtlinie durchgeführt. Nach der Übernahme stellt das Lubrizol-Unternehmen sicher, dass eine gründliche und dokumentierte Bewertung der Geschäftstätigkeit und der Compliance-Risiken des erworbenen Unternehmens durchgeführt wird, die die in diesem Dokument besprochenen Compliance-Risikobereiche erfasst, welche auf das neu erworbene Unternehmen aufgrund seiner einzigartigen Natur seiner Geschäftstätigkeit und seiner geografischen Lage zutreffen. Basierend auf dieser dokumentierten Risikobewertung muss das Lubrizol-Unternehmen von dem übernommenen Unternehmen verlangen, gegebenenfalls zusätzliche Richtlinien und Verfahren zu implementieren und einzuführen, damit es eine effektiv gestaltete Compliance-Richtlinie aufrechterhält, die auf das einzigartige Compliance-Risiko der Tochtergesellschaft zugeschnitten ist.

IX. COMPLIANCE ZUR GELDWÄSCHEBEKÄMPFUNG

Es ist ein Grundsatz von Lubrizol, Geschäfte nur mit natürlichen oder juristischen Personen zu tätigen, die unser Engagement für die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften teilen und deren Gelder aus legalen Quellen stammen. In den USA und allen anderen Ländern, in denen Lubrizol-Unternehmen Geschäfte tätigen, muss das Lubrizol-Personal angemessene, risikobasierte Maßnahmen ergreifen, um Geldwäsche zu verhindern und aufzudecken und potenzielle strafrechtliche Verantwortlichkeiten und Reputationsrisiken im Zusammenhang mit solchen Aktivitäten zu vermeiden. Es ist im Allgemeinen eine Straftat, Transaktionen mit dem Wissen durchzuführen, dass die Erlöse aus illegalen Aktivitäten stammen. Das Lubrizol-Personal führt bei natürlichen oder juristischen Personen eine angemessene Due-Diligence-Prüfung durch, um sicherzustellen, dass diese an rechtmäßigen Geschäftsaktivitäten beteiligt sind.